



Der oberschlesische Wochenspiegel

Neueste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Heute:
Oberschlesien im Bild

Der oberschlesische Wanderer erscheint wochentlich mittags. — Bezugspreis: durch Boten frei Haus monatlich 2,70 RM (voranzahlbar) einm. 30 Pfg., Botenlohn, durch die Post 2,70 RM ansschl. Bestellgeld. — Anzeigenpreise: für Anzeigen aus Oberschlesien die einsp. mm-Seite oder deren Raum 0,10 RM, im Restlameil 0,40 RM, für Anzeigen von auswärts die einsp. mm-Seite oder deren Raum 0,12 1/2 RM, im Restlameil 0,50 RM. Anm. d. Finanz- und Stellmittelanzeigen aus Oberschlesien 0,20 RM, desgleichen von auswärts 0,30 RM. Angebots- und Auskunftsvermittlung 0,20 RM. Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags, für größere Anzeigen am Tage vorher. Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden, ebensowenig für die richtige Wiedergabe telefonisch aufgegebenen Anzeigen. Seilagen- gebühr: das Tausend zweifelh. 15 RM, größeren Umfangs das Tausend 20 RM zuzüglich der Sondergebühren für die Postaufgabe. Zeilauflagen das Tausend jeweils 5 RM mehr. — Zahlbar sofort, spätestens aber innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum. — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streiks und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Nachschub oder Rückerstattung des Bezugspreises. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Aktord oder Konkurs fällt lt. Handelsbrauch (Entsch. d. d. Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien vom 18. Juli 1913 und 12. August 1926) jeder bewilligte Rabatt fort.

übernommen werden, ebensowenig für die richtige Wiedergabe telefonisch aufgegebenen Anzeigen. Seilagen- gebühr: das Tausend zweifelh. 15 RM, größeren Umfangs das Tausend 20 RM zuzüglich der Sondergebühren für die Postaufgabe. Zeilauflagen das Tausend jeweils 5 RM mehr. — Zahlbar sofort, spätestens aber innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum. — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streiks und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Nachschub oder Rückerstattung des Bezugspreises. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Aktord oder Konkurs fällt lt. Handelsbrauch (Entsch. d. d. Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien vom 18. Juli 1913 und 12. August 1926) jeder bewilligte Rabatt fort.

Druckerei: Breslau Nr. 1382 — Telegramme: Wanderer Gleiwitz — Gerichtsstand Gleiwitz — Mitglied des Vereins Oberschlesischer Zeitungsverleger e. V.

Der Wahlkampf auf seinem Höhepunkte

Ob. Berlin, 18. Mai. (Eig. Ber.) Der Wahlkampf erreichte am gestrigen Himmelfahrtstage seinen bisherigen Höhepunkt. Am Abend bedeckten dichte Schichten von Wahlaufrufen die Straßen Berlins. Man schätzt die gestrige Verteilung von Aufrufen an die Passanten auf viele Millionen Stück. Trotzdem hält der Eindruck einer gewissen Interessenlosigkeit der Bevölkerung an.

Die Anleihen der Städte

Die Beratungskommission für Auslandsanleihen, die im Reichsfinanzministerium seinerzeit eingerichtet wurde, hat jetzt ihre Verhandlungen so gut wie abgeschlossen. Das Ergebnis ist für die Städte nicht gerade ermutigend. Man darf in gewissem Sinne wohl sagen: erfreulich. Denn hätte die Beratungskommission nicht völlig geversagt, so wären die Städte wohl allmählich in einen Anleihebann geraten, aus dem sich nur durch die Steuerzahler, Handel, Handwerk und Industrie, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, nicht gerade angenehm erweist, befreien ließen. Demnach sind im ganzen vorläufig 146 Millionen Mark, die auf den Auslandsmärkten als Kommunalanleihen aufgenommen werden dürfen. Davon entfallen 70 Millionen Mark auf die Sammelanleihe der deutschen Städte, 50 Millionen auf Berlin und 26 Millionen (6,5 Millionen Dollar) auf Frankfurt a. Main. Unmöglich zu sagen, daß die Ansprüche dieser Städte und Städtegruppen, das heißt ihre Ansprüche, weit höhere Ziffern aufweisen. Aber selbst in den Geruch dieser zugelegten Summen werden die genannten Städte nicht ohne weiteres kommen, da darin noch ein Ausgleich für diejenigen Kommunen vorzusehen ist, die erst später, im Herbst, an den Auslandsmarkt herangeführt werden sollen. Es ist nach dem „Berliner Tageblatt“ insofern ein System interessanter Ausgestaltung geplant, als die erst im Herbst daranzukommenden Kommunen schon jetzt mit gewissen Quoten an den Anleihe-Erträgen derjenigen Gemeinden beteiligt werden, die bereits in der nächsten Zeit Auslandsanleihen aufnehmen dürfen. Umgekehrt soll dann im Herbst ein Rückausgleich vor sich gehen.

In diesem Zusammenhange darf vielleicht etwas über die gegenwärtige Situation auf dem amerikanischen Geldmarkt gesagt werden. Nach der letzten veröffentlichten Handelsstatistik des amerikanischen Handelsdepartements haben die Vereinigten Staaten im ersten Quartal dieses Jahres 460 Millionen Dollar, das sind über 1,84 Milliarden Mark, ausländische Anleihen und andere Begebenheiten übernommen. Wie jetzt war Deutschland auch im vergangenen Jahre der größte Geldabnehmer, obwohl der Gesamttrag der deutschen Anleihen nur 124,6 Millionen Dollar im letzten Quartal 1927 auf 61 Millionen Dollar in den ersten drei Monaten dieses Jahres zurückging. Deutschland gehört noch immer zu den Ländern, die den Kredit am leichtesten beschaffen. Im ersten Quartal dieses Jahres mußte es für Fremdanleihen 6,93 Prozent Zinsen entrichten. Das sagt man sich auf besten Fall, die Zinsbelastung in der Devisenmarkt vor weichen Auslandsanleihen.

Ein weiteres Warnungssignal für die unerlöste Kreditbeanspruchung ist die Tatsache, daß auch der Auslandsmarkt neuerdings in seiner Aufnahmefähigkeit nachzulassen beginnt. In der letzten Zeit formen wieder die Anleihen der Deutschen Girozentrale, dieses Sammelbedarfs der städtischen Sparkassen, noch die Schatzanweisungsanleihe des Bayerischen Staates, noch endlich die Schatzanweisungsanleihe der Stadt Augsburg voll untergebracht werden. Wesentliche Millionenbeträge wurden einfach nicht gesendet und zum Teil haben sich die Banken, die die Ausgabe dieser Anleihen übernommen hatten, genötigt, die Anleihehöfe in ihren Treuhand hinzulegen. Trotzdem geht das Anleihegeschäft der Kommunen und Kommunalverbände lustig fort. Millionen über Millionen werden angefordert. Allerdings muß man ergänzend dazu bemerken, daß die meisten dieser kommunalen Anleihen nur noch dazu dienen, die schon vor Monaten aufgenommenen Schwebelöhne zu bezahlen (in Form von Kontokorrent- und Wechselkrediten) bei den Banken zu liquidieren und auf diesem Wege die Zinsverbindlichkeiten, die sich auf 11 und 12 Prozent beziffern, herabzusetzen. In ihrer Geldnot haben übrigens einige Städte schon in der Auslandsmarkte aufgenommen, sie aber dann an ausländische Finanzgruppen weitergegeben und so die Profiteure der Reichsberatungskommission umgeben der Stadt. Der preussische Finanzminister hat daraufhin gemeinsam mit dem Minister des Innern, Maßnahmen für die Anleihepolitik der preussischen Städte herausgegeben, die diese Umgehung unter allen Umständen verhindern sollen.

Reichsjustizminister a. D. Dr. Heintze †

WZS. Dresden, 18. Mai. Der schon seit längerer Zeit krankende frühere Reichsjustizminister und Reichstagsabgeordneter Dr. Heintze, ist in der vergangenen Nacht in seiner Wohnung auf dem „Weißen Hof“ bei Dresden einem Herzschlag erlegen. Dr. Heintze hatte sich noch bis vor zwei Tagen lebhaft am Wahlkampf beteiligt, fühlte sich aber dann in den letzten zwei Tagen unwohl und war zu Hause geblieben.

Schwerer Wahlzusammenstoß in Hamburg

Wüste Schießerei — Bisher 1 Toter und 6 Schwerverletzte

WZS. Hamburg, 18. Mai. Gestern Abend ist es in Hamburg zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Angehörigen des Reichsbanners und der Kommunisten gekommen. Eine Anzahl Reichsbannerleute befanden sich in einem Restaurant „Am Kaiserhof“ in der Bogelweide, als nach 18 Uhr mehrere Propagandawagen der K. P. D. in diese Straße einbogen. Im Augenblick entstand eine wüste Schießerei, die eine Reihe Opfer forderte.

Der im Lokal sitzende Heinrich Lieberman wurde durch Kopfschuß getötet. Mehrere andere Personen — soweit bisher festgestellt — 6 wurden gleichfalls durch Schüsse schwer verletzt. Bei dem Tumult wurden auch die Fensterheben des Lokals zertrümmert. Die Kriminalpolizei ist eifrig bemüht, den genauen Sachverhalt festzustellen. Mannschaften der Schutzpolizei werden die Nacht über in Bereitschaft gehalten.

Die Durchführung des Kriegsschadenschlussgesetzes

WZS. Berlin, 18. Mai. Seitens des Reichsentschädigungsamtes wurden die neuen Arbeiten am 13. April aufgenommen. Bis zum 14. Mai waren 5639 der dringlichsten Fälle mit über 14 Millionen RM erledigt. Ausgezahlt worden sind 6,26 Millionen. In den übrigen Fällen war die Rechtskraft der Entschädigung abzuwarten. Das Amt beschäftigt 937 Kräfte, davon nach Abzug der unteren Bediensteten an sachlichen Arbeiter 164 Referenten und 396 Expedienten. Eine Auskunftsstelle ist neu eingerichtet und erledigt täglich 130 Besucher. Es wird gehofft, daß die Arbeit des Amtes noch weiter gesteigert werden kann. Die großen Verbände der Geschädigten arbeiten in dankenswerter Weise mit. Einige kleinere Verbände ordnen sich leider nicht ein, sondern schieben den Fluß der Arbeiten durch Vermehrung aussichtsloser Anträge, durch Demonstrationen und durch Störung der arbeitenden Beamten. Zunächst werden die kleineren Fälle bis zu 20 000 Mark bearbeitet.

Der Staat als Reich

p. Gleiwitz, 18. Mai.

Während des Krieges haben in Deutschland die Führer des schwedischen Gelehrten Rudolf Kjellens eine Verbreitung gefunden, die bei Schriftstellern politischen oder staatswissenschaftlichen Charakters immerhin auffällig war. Auffällig, aber doch begreiflich! Denn was der Schwede in seiner Darstellung der Probleme, die durch die Politik der Großmächte und durch den Weltkrieg aufgeworfen wurden, bot, war etwas Neues. Hier waren die Fesseln juristischen Denkens, durch die die Staatswissenschaft zuvor in ihrer Entfaltung gehemmt wurde, schon teilweise gelöst. Hier wurde der

Eröffnung der 9. Olympiade

Deutscher Sieg in Hochsprung.

Amerkham, 18. Mai. Die 9. Olympiade wurde gestern Mittag im neuen Stadion mit dem Olympischen Hohen-Turnier eröffnet. Auf der Ehrentribüne sah man die Vertreter der niederländischen Regierung und die offiziellen Vertreter der teilnehmenden Staaten, darunter von Deutschland den Präsidenten des deutschen Reichsausschusses für Teilnahmen, Staatssekretär a. D. Dr. Lewald, und Dr. Dieck.

Im ersten gestern ausgetragenen Spiele siegte Holland gegen Frankreich mit 5:0. Im zweiten Spiel errang Dänemark über Schweiz 2:1. Der Favorit des Turniers Indien siegte über Österreich mit 6:0. Im letzten Spiel blieb Deutschland über Spanien mit 5:1 Sieger.

Griff in das volle Leben gewagt. Stellen erkannte. (Männer, wie der deutsche Gelehrte Friedrich Meißel, bahnten ihm den Weg zu dieser Erkenntnis), daß auch die Staaten erdbebundene Lebewesen sind, daß auch sie den biologischen Gesetzen unterliegen. „Wir sehen sie“, so heißt es an einer Stelle bei ihm, „hier geboren werden und aufwachsen, wir haben sie auch wie andere Organismen weilen und herben sehen. Sie sind also Formen des Lebens: unter allen Lebensformen auf dieser Erde die imposantesten. Als solche müssen sie auch Gegenstand eines sozusagen biologischen Studiums werden können, das die Gesetze ihrer Entwicklung zu erforschen sucht.“ Ist es nicht mehr als verständlich, daß gerade diese Lehre in einem Volke, das leidend und hoffend ihre Wahrheit an dem Beispiele des eigenen Staates erfuhr, eine harte Resonanz fand?

4 Gebote zum Wahltag!

- 1) Wählt!
- 2) Wählt keine Splitterparteien!
- 3) Tauf. von Stimmen gehen dadurch verloren!
- 4) Einseitige Interessenspolitik — betrieben von der Wirtschaftspartei — ist vom Uebel, schädigt das Gemeinwohl.

Stärkt den bürgerlichen Einfluß im Reich und Staat.
Sammelt Euch um die Deutsche Soliartei!
Wählt Liste 4!

Peking vor dem Fall?

Ob. London, 18. Mai. (Eig. Ber.) Reuter meldet aus Peking: Das diplomatische Korps ist in Beratungen eingetreten für die Sicherung des Fremdenviertels im Falle einer Einnahme Pekings durch die Südruppen. Das diplomatische Korps wird Peking nicht verlassen.

Schantzjolin Vorbereitungen zur Räumung Pekings

WZS. London, 18. Mai. Die Vorhut der Armee des Generals Fung ist nach den letzten in Tokio eingegangenen Mitteilungen bis etwa 50 Kilometer südlich von Tientsin vorgezogen und droht die rückwärtigen Verbindungen der Schantungstruppen und den Tientsin-Peking-Bezug. Rüdlich von Wangchow sollen bereits Kämpfe im Gange sein.

Schantzjolin hat die Eisenbahnerwartung der Bahnen Peking-Mudan und Tientsin-Putau angewiesen, den Güterverkehr einzustellen und 15 Züge nach Peking für die Truppenbeförderung zu verwenden. Der Rückzug der Nordtruppen auf ihre vorbereiteten Stellungen ist bisher ohne Störungen verlaufen.

In Peking wächst die Überzeugung, daß die Südruppen an Tientsin vorbeizuziehen werden, um auf die Peking-Banlan-Eisenbahn zu stoßen, um daß den Nordtruppen die Möglichkeit gegeben ist einen verhältnismäßig leichten Rückzug durchzuführen. Die Hauptmasse der Nordtruppen befindet sich noch immer in einer Front, die südlich von Peking bis etwa 70 Kilometer südlich von Tientsin verläuft.

die Angelegenheit auf militärischem und nicht auf diplomatischem Wege zu regeln.

WZS. Tokio, 18. Mai. Am Abend auf die zunehmenden Unruhen in Peking und Tientsin, ist der 2. Division Befehl erteilt, ein Infanterie-Regiment und eine Artillerie-Batterie von Singtau nach Tientsin zu schicken. Ein Flugzeuglandeplatz ist von Kaban nach dem Bestimmungsort besetzt zum Schutz der Einwohner. Gleichzeitig ist die am 4. Mai von Dairen nach Schantung geschickte Infanterie-Brigade nach Dairen zurückbeordert worden, weil man befürchtet, daß die Unruhen sich nach der Mandchurei ausbreiten könnten.

Feng gegen Tschangkaifschel?

WZS. Peking, 17. Mai. General Feng erklärte in einer Unterredung, daß ein Militär-Tschangkaifschel von großem Nutzen für die chinesische nationale Bewegung sein werde, da Tschangkaifschel die Schuld an dem Konflikt zwischen Japan und China trage. China müsse eine Verhandlung mit Japan suchen, um die militärische Aktion gegen Tschangkaifschel durchzuführen zu können.

Plünderungen in Tsinanfu

WZS. Paris, 18. Mai. Nach einer Meldung aus Tokio sind in Tsinanfu etwa 100 Geschäfte, Läden geplündert worden. Die japanischen und chinesischen Behörden gehen bei der Unterdrückung der Gewalttat gemeinsam vor.

Nach einer Agenturmeldung aus Schanghai ist man über das Schicksal der deutschen Franziskanermissionen und Missionen in Tsinanfu befinden, äußerst beunruhigt, da von ihnen seit einigen Tagen keine Nachrichten mehr vorliegt.

Japanisches Säbelrasseln

WZS. Tokio, 18. Mai. Der japanische Generalstab in Tsinanfu berichtet, General Tschangkaifschel habe Verhandlungen mit dem japanischen Kommandierenden General Futuda vorzuschlagen, dieser habe es aber abgelehnt, in solche Verhandlungen einzutreten. Er wolle nur mit einem eigens bevollmächtigten Delegierten verhandeln. Futuda habe hinzugefügt: Unsere Forderungen sind unabänderlich, wir beabsichtigen